

Zeitschrift: Zeitschrift für öffentliche Fürsorge : Monatsschrift für Sozialhilfe : Beiträge und Entscheide aus den Bereichen Fürsorge, Sozialversicherung, Jugendhilfe und Vormundschaft

Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe

Band: 90 (1993)

Artikel: Folgen der Arbeitslosigkeit und staatliche Eingriffsmöglichkeiten

Autor: Lüthi, Ruth

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-838220>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Folgen der Arbeitslosigkeit und staatliche Eingriffsmöglichkeiten

Den Betroffenen helfen, Selbstwertgefühl und Selbständigkeit zu erhalten

Referat von Dr. Ruth Lüthi, Staatsrätin, Freiburg; gehalten an der Mitgliederversammlung der SKÖF am 27. Mai 1993 in Zug

Die Angehörigen von Sozialdiensten und öffentlichen Dienststellen haben gegenüber Arbeitssuchenden wichtige Aufgaben zu erfüllen: Neben ihrer ganz konkreten Beratungs- und Vermittlungstätigkeit können sie wesentlich dazu beitragen, dass Arbeitslose sich ihr Selbstwertgefühl bewahren. Insbesondere vom Staat erwartet Staatsrätin Ruth Lüthi Aktivitäten sowohl im Ausbildungsbereich – wo sie den offenen Zugang möglichst aller zu neuen und modernen Berufszweigen fordert – wie bei der besseren Verteilung der vorhandenen Arbeit.

Nachdem die Arbeitslosenrate in der Schweiz heute einen Stand erreicht hat, der höher ist als in den 30er Jahren, kann sich wohl niemand mehr um dieses Problem drücken. Es kann nicht mehr mit ein paar einfachen pauschalen Vorurteilen wie: «Die hätten schon Arbeit, wenn sie wollten», vom Tisch gewischt werden. Wir müssen heute nach neuen, kreativen Möglichkeiten suchen, um die Arbeitslosigkeit wieder zu vermindern, damit jeder und jede in diesem Land die Chance hat, sich zu entfalten, einen Platz in der Gesellschaft zu finden und dem eigenen Leben einen Sinn zu geben. Genauso sind wir aber herausgefordert, mit der heutigen Situation umzugehen und die negativen Folgen der Arbeitslosigkeit so weit als möglich zu verhindern. Über die volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Konsequenzen wird viel geschrieben: Löcher in der Arbeitslosenkasse, Belastung der öffentlichen Sozialhilfe oder steigende soziale Konflikte – ich möchte vor allem auf die Folgen für die Arbeitslosen selbst eingehen.

Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf die Betroffenen

Wer von der Arbeitslosigkeit betroffen ist, hat vor allem mit drei Problemkreisen zu tun:

- Ob mit oder ohne Arbeitslosenentschädigung, bald stellen sich *finanzielle* Probleme. Die Arbeitslosenentschädigung deckt ja nie das ganze vorherige Gehalt, sondern nur 80 Prozent respektive nur 70 Prozent davon. Auch wenn die Arbeitslosigkeit heute alle Berufsbereiche und auch hochqualifizierte Berufsleute trifft, sind es doch immer noch häufig Arbeitnehmer, die keine oder nur eine einfache Berufsausbildung haben, die arbeitslos werden. Dies sind aber auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, denen der normale Lohn kaum zum Leben reicht. Plötzlich mit 20 Prozent oder 30 Prozent weniger auskommen, heisst dann häufig, nicht nur den Gürtel noch enger schnallen, sondern auch Sozialhilfe in Anspruch nehmen zu müssen.

Im weiteren kommt dazu, dass die Stellensuchenden häufig gezwungen sind, nach einer bestimmten Zeit eine Arbeit anzunehmen, die noch schlechter bezahlt ist als ihre ursprüngliche. Ist auch diese Arbeit zu Ende, liegt die Arbeitslosenentschädigung erneut tiefer. Dies ist der Teufelskreis, in dem sich viele Arbeitslose oder ehemalige Arbeitslose befinden und der sie in eine immer tiefere finanzielle Krise stürzt. Diese Situation wird verstärkt, indem neu Arbeitslose auch gezwungen werden können, eine Stelle anzunehmen, an der sie weniger verdienen, als sie Arbeitslosenentschädigungen erhalten.

Besonders tragisch wird die Situation, wenn innerhalb nützlicher Frist keine neue Stelle gefunden wird und damit auch das Anrecht auf Arbeitslosenentschädigung verloren geht. Der Arbeitnehmer, der während Jahren seinen Beitrag in die Kasse geleistet hat, kann in der schwierigsten Zeit nicht mehr darauf zählen. Dahinter steckt die falsche Voraussetzung, dass jeder nach einer bestimmten Zeit eine Arbeit haben kann, wenn er will. Dies stimmt schlicht und einfach nicht. Wer einmal arbeitslos war, hat es immer schwerer, eine neue Stelle zu bekommen. Er hat bereits ein Stigma, da ja in unserer Gesellschaft leider auch heute noch gilt, dass der Arbeitslose an seinem Schicksal selber schuld sei. Nun haben aber die Arbeitslosen häufig eine Ausbildung für einen Berufszweig, der der Rezession besonders unterworfen ist oder der durch die strukturellen Veränderungen an Bedeutung verloren hat. Um eine Neuausbildung zu machen, genügen aber sechs Monate nicht. Weitere Schwierigkeiten gibt es für die, welche über 45 Jahre alt sind und eine Familie haben. Sie haben es besonders schwer, eine neue Stelle zu finden, da meistens junge Leute ohne Familien vorgezogen werden, weil sie billiger sind.

- Ein zweiter Effakt der Arbeitslosigkeit ist die *soziale Ausgrenzung*. Dies ist einerseits eine Folge der oben erwähnten finanziellen Probleme, andererseits eine Konsequenz der Bedeutung der bezahlten Arbeit in einer Leistungsgesellschaft.

Soziale Beziehungen ergeben sich für die meisten über ihre berufliche Zugehörigkeit. Dieses soziale Netz fällt mit der Arbeitslosigkeit weg. Nicht nur, dass die selbstverständlichen beruflichen Begegnungen nicht mehr da sind – auch die gewollten, gesuchten privaten Kontakte bleiben aus. Einerseits wird der Arbeitslose von seinen ehemaligen Mitarbeitern weniger häufig gesucht; andererseits meidet er auch bewusst die Kontakte, die ihn zu sehr an sein «Scheitern» erinnern. Er spürt ja, dass er nicht mehr dazu gehört.

Auch die soziale Stellung hängt eng mit dem Berufsstatus zusammen. Ein Arbeitsloser wird viel weniger eingeladen zu gesellschaftlichen Anlässen als der ohnehin schon Beschäftigte. Hinzu kommt, dass der Arbeitslose natürlich auch empfindlich wird und Einladungen «aus Mitleid» sicher meidet. Die soziale Vereinsamung wird verstärkt durch die mangelnden finanziellen Mittel. Viele Freizeitaktivitäten, weitere Gelegenheiten für soziale Kontakte, kosten Geld. Es liegt nicht mehr drin, an den Stamm zu gehen, denn schliesslich sollte man hie und da eine Runde bezahlen. Auch sportliche Aktivitäten sind teilweise kostspielig, vor allem seit zu jeder Sportart das bestimmte Tenu – modgerecht natürlich – dazugehört.

Besonders tragisch wird die Situation, wenn auch noch der primäre Bezugs-
kreis — die Familie oder die Partnerschaft — zusammenbricht. Dies ist nicht
selten der Fall, da die finanziellen Probleme und die psychischen Auswirkun-
gen der Arbeitslosigkeit eine Beziehung sehr belasten.

Arbeitslose werden aber auch Aussenseiter, weil sie häufig in den Gesprä-
chen nicht mehr mithalten können. Wie fühlen sie sich, wenn sich die andern
damit brüsten, wie sie unter Stress stehen? Was können sie dazu beitragen,
wenn sich die Diskussion um den besten Wagen dreht? Die Probleme, mit
denen sich eine arbeitslose Person auseinandersetzen muss, sind total ver-
schieden von den Problemen der aktiv im Erwerbsleben Tätigen.

Kurz gefasst: Der/die Arbeitslose meidet die Gesellschaft, er/sie ist nicht
mehr gefragt, er/sie gehört nicht mehr dazu.

- Drittens wirkt sich Arbeitslosigkeit auf die *psychische Verfassung* des oder der
Betroffenen aus: Ich bin jedesmal tief beeindruckt, ja betroffen, mitzuerleben,
wie sich bei Bekannten oder Freunden Arbeitslosigkeit auf den seelischen
Zustand auswirkt: Selbstwertverlust bis Depression bei den einen, Wut auf die
Gesellschaft und Verhärtung bei den andern. Beides sind Folgen der Hilflosig-
keit angesichts eines Zustandes, den man nicht selbst verursacht hat und den
man nur schwer verändern kann. Je länger die Arbeitslosigkeit dauert, desto
kleiner wird die Chance. Entweder, weil die Energie verloren gegangen ist und
sich ein Arbeitsuchender, wenn er den Glauben an sich verloren hat, auch
nicht mehr gut verkaufen kann, oder aber, weil durch die Enttäuschungen
eine Verbitterung entsteht, die das Zusammenarbeiten schwierig macht. Der
Teufelskreis, der in finanzieller Hinsicht besteht, existiert auch auf psychi-
scher Ebene. Viele Arbeitslose machen eine Persönlichkeitsveränderung
durch, die häufig die Chancen für einen Neueinstieg verschlechtert.

Vier Teufelskreise . . .

Aus der psychologischen Forschung sind uns vier solche sogenannte Teufels-
kreise bekannt:

1. Vergebliche Bemühungen um eine neue Stelle führen zu Passivität und
Apathie. Statt zu agieren, werden defensive Strategien eingesetzt: «Was soll ich
mich noch bewerben, die wollen mich ja sowieso nicht», und ähnliche Überle-
gungen.

2. Es werden emotionsbezogene Bewältigungsstrategien eingesetzt, die zwar
für die Situation notwendig sind, aber die Situation nicht verändern können,
sondern zu immer grösserer emotionaler Belastung führen. Dies sind Gefühle
wie: «Ich werde ungerecht behandelt.»

3. Erwartungen eigener Hilflosigkeit werden quasi als self-fulfilling-prophe-
cies bestätigt und verstärkt: «Ich bin machtlos der Situation gegenüber», «Ich
habe die falsche Ausbildung», «Ich habe nicht die geeigneten Beziehungen», und
so weiter.

4. Enttäuschtes berufliches Engagement führt zu einem Verlust der Motiva-
tion und einer «Jobmentalität». Ökonomische Motive treten stärker in den
Vordergrund; zurück tritt das ideelle berufliche Interesse und das Sich-Einlassen

auf berufliche Gegenstände, da dies bedrohlich sein kann. Die Unsicherheit der beruflichen Situation tritt als zusätzlicher demotivierender Faktor hinzu. Der Arbeitslose wird immer weniger zielstrebig nach einer ihn auf die Dauer befriedigenden Arbeit suchen.

Hilflosigkeit, ja Hoffnungslosigkeit und ein niedriges Selbstwertgefühl sind die Folgen.

... oder gewinnbringende Erfahrungen

Allerdings — wer die Gelegenheit bekommt, wieder neu anzufangen, kann durch die neuen Erfahrungen auch gewonnen haben. Dieser Aspekt ist mir ganz wichtig: Ich will nicht den Eindruck erwecken, wer einmal arbeitslos gewesen sei, hätte sich negativ entwickelt. Damit würde ich das Gegenteil dessen bewirken, was ich mit meinem Beitrag aussagen möchte! Die Teufelskreise können aufgefangen werden oder in eine andere Richtung gelenkt werden, je nachdem, welche Ressourcen dem Individuum zur Verfügung stehen, welche Unterstützung es aus dem sozialen Netzwerk erhält und welche Bewältigungsstrategien es einsetzt.

Ich meine, dass gerade hier auch eine wichtige Aufgabe der öffentlichen Dienststellen ist, seien es die Arbeitsämter oder die Sozialdienste: Mut machen, Vertrauen aufbauen, positive Auswege aufzeigen, an die Arbeitssuchenden glauben — dies sind wohl die wichtigsten Voraussetzungen, damit die Stellensuchenden ihr Selbstwertgefühl nicht verlieren.

Untersuchungen konnten im übrigen zeigen, dass es nicht die einmalige Arbeitslosigkeit ist, die besonders negative Auswirkungen hat. Belastend wird die Situation vor allem dann, wenn die Betroffenen wiederholt in ihrer Existenzsicherung bedroht waren, bei hoher Instabilität der Lebenssituation, bei fortwährender Unsicherheit und damit der Unmöglichkeit, die Zukunft zu planen. Diese Faktoren können die Betroffenen demoralisieren und eine positive Weiterentwicklung erschweren oder verhindern.

Veränderungen auf der finanziellen, sozialen und psychischen Ebene können natürlich auch Verhaltensveränderungen der Betroffenen nach sich ziehen. Delinquenz und Suchtverhalten sind häufige «Auswegsstrategien». Langfristig sind sie natürlich nicht adäquat, da sie die Situation nicht im positiven Sinne verändern können, sondern die Teufelskreise noch verstärken. Kurzfristig sind es aber oft die einzigen Möglichkeiten, die momentane Situation zu ertragen.

Staatliche Möglichkeiten zur Verhinderung der Arbeitslosigkeit und deren Folgen

Es wird immer wieder betont, dass wir uns nicht in einer konjunkturellen sondern strukturellen Arbeitslosigkeit befinden. Dies ist bedeutsam bei der Suche nach geeigneten Mitteln zur Bekämpfung. Bei konjunktureller Arbeitslosigkeit könnten wir uns vor allem auf geldpolitische Massnahmen und Investitionsspritzen konzentrieren. Die strukturelle Arbeitslosigkeit verlangt fundamen-

talere Änderungen in der Wirtschaftspolitik, der Finanz- und Lohnpolitik, der Steuerung der Ausbildungsbereiche und in der Arbeitsverteilung, macht aber auch eine gut ausgebaute soziale Sicherheit unabdingbar. Die strukturelle Arbeitslosigkeit hat, nach Gerhards¹, klar zwei Hauptgründe: die durch die technologische Entwicklung bedingte Rationalisierung der Arbeitsplätze sowie die Tatsache, dass unsere Ressourcen endlich sind. Wir produzieren also immer mehr mit weniger Leuten, müssen aber die Produktion, die Ausbeutung natürlicher Ressourcen und die Vermehrung der Abfälle aus ökologischen Gründen bremsen.

Arbeitslosigkeit ist ein Problem, das vor allem marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftssysteme kennen. Der in Mode gekommene Ruf nach Deregulierungsprogrammen und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen dürfte deshalb nicht das allgepriesene Heilmittel sein. Wir kennen die Auswirkungen auf die Arbeitslosenrate in Grossbritannien und in den USA. Privatisierung von Dienstleistungen zum Beispiel würde auch Abbau von Leistungen bedeuten, die nicht rentieren, obwohl sie notwendig sind, was wiederum zum Abbau von heute gesicherten Arbeitsplätzen führen würde.

Der Staat kann aber Einfluss nehmen auf die Konjunkturlage und damit auf die Arbeitslosigkeit – durch seine Finanz- und Lohnpolitik nämlich. In einer Rezession oder abgeschwächten Konjunkturlage, wie wir sie heute haben, muss der Staat dafür sorgen, dass die Kaufkraft aller Bevölkerungsschichten erhalten bleibt. Dies heisst, dass vor allem die Bürger und Bürgerinnen mit den kleinsten Einkommen nicht unter Lohneinbussen und Reallohnverlust leiden dürfen, da sich dort die fehlende Kaufkraft besonders auswirkt. Kleinere Einbussen bei den höheren Einkommen sind weniger dramatisch, da diese Leute immer noch genug haben, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Es wird einfach weniger gespart. Dass die Kaufkraft erhalten bleibt, und dadurch Geld in den Umlauf kommt, ist wichtig, damit die wirtschaftliche Produktion stimuliert wird. Weniger Kaufkraft bedeutet weniger Konsum, damit weniger Produktion und damit auch weniger Beschäftigte im Produktionssektor.

Die Arbeitslosigkeit ist zum Teil sektoriell. Betroffen sind vor allem die Bereiche, die in den letzten Jahren zu stark aufgebläht wurden, wie zum Beispiel die Bauindustrie. Wir können diese Bauintensität gar nicht mehr aufrechterhalten, wenn wir nicht in kürzester Zeit unser Land ganz verbetonieren wollen. Betroffen sind aber auch Produktions- und Dienstleistungsbetriebe, die durch neue Technologien eine höhere Produktionsrate aufweisen, die moderne Arbeitstechniken eingeführt haben, welche zu hohen Personaleinsparungen führen. Dies bedeutet, dass wir uns nicht in einer momentanen, kurzfristigen Krise befinden, sondern dass es nur den Anfang einer langfristigen Tendenz sein wird, auf die wir uns einstellen und umstellen müssen.

Aufgabe des Staates ist es nun, die Ausbildungszweige zu unterstützen und auf die Beine zu stellen, die eine Zukunft haben und eine moderne Entwicklung ermöglichen, und dafür genügend qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung zu

¹ Gerhards: In «Soziale Sicherheit», Zeitschrift des BSV, Nr. 2/1993

stellen. Es heisst auch, dass der Zugang zu den Ausbildungen möglichst allen offen gehalten wird. Auch in Zukunft wird die technische Entwicklung rasch vorwärts gehen, was eine grosse Flexibilität und berufliche Mobilität erfordert. Je besser und breiter die Bildung ist, desto leichter wird eine Anpassung an neue Anforderungen.

Investitionstätigkeit des Staates: Wenn die Mittel der öffentlichen Hand knapp werden, besteht die Gefahr, dass grössere Bauvorhaben gestrichen werden. Dies wirkt sich aber verstärkt auf die Arbeitslosigkeit aus. Der Staat sollte so weit als möglich seine Investitionstätigkeit aufrechterhalten können und damit Arbeitsplätze schaffen helfen. Sonst bringt er sich durch die fehlenden Steuereinnahmen immer weiter in eine finanzielle Krise. Natürlich geht es nicht nur darum, einfach Geld auszugeben, um irgendwelche Arbeiten zu verrichten. Wichtig ist es, Projekte zu unterstützen, welche die Wirtschaft langfristig positiv stimulieren können und welche die Kompetenz der Arbeiterschaft erhöhen.

Eine viel pragmatischere und auch kurzfristig realisierbare Art ist, die vorhandene Arbeit auf möglichst viele Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zu verteilen. Der Staat hat die Möglichkeit, durch Teilzeitstellen die Arbeit auf möglichst viele aufzuteilen. Dadurch können zwar nicht alle finanziellen Probleme der Betroffenen gelöst werden, da häufig ein Teillohn nicht zum Leben genügt. Wenigstens kann aber dadurch die Kompetenz und Motivation eher aufrechterhalten bleiben und damit die Möglichkeit für einen Stellenwechsel verbessert werden. Auch wenn Teilzeitstellen zum Teil administrativ mehr Aufwand bringen oder sogar teurer zu stehen kommen, darf nicht übersehen werden, dass auch der Arbeitgeber ein Interesse daran hat, da vielfach die Arbeit von Teilzeitarbeitenden effizienter und motivierter ausgeführt wird.

Arbeitsteilung und Arbeitszeitverkürzung ist nicht nur eine kurzfristige realisierbare Lösung, sondern für die Zukunft wohl die einzig mögliche. *Wir werden nie mehr Vollbeschäftigung haben, wenn wir die vorhandene Arbeit nicht besser verteilen.*

Staat kann Folgen der Arbeitslosigkeit beeinflussen

Für die *finanziellen Folgen* ist in erster Linie die Arbeitslosenkasse zuständig. Wie aber eingangs gesagt wurde, müssen die Leistungen – vor allem auch langfristig – verbessert werden, das heisst Erhöhung, Konstanthaltung und Verlängerung der Beiträge. Wenn bei der eidgenössischen Kasse die Rechte auf Entschädigung erschöpft sind, können kantonale Hilfen einspringen. Dazu hat eine Mehrheit der Kantone eine gesetzliche Grundlage. Doch auch diese Unterstützung wird zeitlich begrenzt werden, so dass schliesslich nur noch die Fürsorgeunterstützung bleibt. Die Gemeinden sind verpflichtet, in solchen Fällen die soziale Hilfe zu erbringen. Dass viele aber bis zum allerletzten Moment warten, bevor sie diese Hilfe beanspruchen, ist bekannt. Hier liegt eine weitere Aufgabe des Staates: die Bürger und Bürgerinnen besser über ihre Rechte zu informieren und qualifiziertes Personal zur Verfügung zu stellen, das die Betroffenen entsprechend beraten kann.

Das wirksamste Mittel, *soziale Probleme* zu lösen, das auch die finanziellen Folgen mitbetrifft, ist sicher die Schaffung von Arbeitsplätzen. Es müssen noch vermehrt Arbeitsprogramme geschaffen werden, in denen ausgesteuerte Personen mindestens sechs Monate arbeiten können (beispielsweise kant. Verwaltung, Ingenieurschule). Dies ist sicher die sozialere und damit auch effizientere Hilfestellung als die Sozialfürsorge. Die Arbeitslosen erhalten damit nicht nur eine finanzielle Unterstützung, sondern können aktiv an der Realisierung einer staatlichen Aufgabe mitwirken. Sie haben damit wieder eine bessere Ausgangslage für die Arbeitssuche und können sonst schlimmstenfalls nach sechs Monaten wieder Arbeitslosengeld beziehen. Wichtig ist aber auch, dass dadurch die Vereinsamung bekämpft werden kann. Die Selbstanerkennung wie die Anerkennung durch die andern wird besser, wenn die Betroffenen eine sinnvolle Arbeit leisten und ihren Lebensunterhalt selbst verdienen können. Solche Programme haben zudem oft den Vorteil, Leute mit andern zusammenzubringen, welche die gleichen Erfahrungen gemacht haben; es ist ihnen so auch möglich, soziale Kontakte aufzunehmen. Damit kann wieder ein soziales Netz aufgebaut werden, in dem sich der einzelne wohl fühlt und angenommen wird.

Nebst der finanziellen Hilfe und der Arbeitsplatzbeschaffung müssen noch andere Massnahmen zur Verringerung der *psychischen Folgen* vorgesehen werden: Kurse, in denen die Arbeitslosen wieder Selbstvertrauen und Selbstsicherheit gewinnen, in denen sie angeleitet werden, wie sie sich für eine Stellenbewerbung vorbereiten sollen, in denen sie beraten werden, wo ihre Stärken und damit die besten Chancen für einen Wiedereinstieg liegen, wo sie aktiv konstruktive Bewältigungsstrategien erwerben können.

Bei *abweichendem Verhalten* geht es vor allem darum, dass wir soziale Einrichtungen und menschliche Hilfe anbieten können, welche sozial Aussenstehenden neue soziale Netze bringen, die sie vor dem endgültigen Aussteigen bewahren können. Dies betrifft insbesondere jugendliche Arbeitslose: Notschlafstelle mit Betreuung, gute Sozialdienste, in denen die Arbeitslosen Verständnis finden, Anregungen für sinnvolle Tätigkeiten und Ausbildungsmöglichkeiten und so weiter. Mit jedem ehemaligen Drogenkonsumenten, dem der Zugang zu Ausbildung und Arbeitsplatz verwehrt wird – was leider gerade in unserem Kanton in den Schulen geschieht – schaffen wir praktisch sicher einen Arbeitslosen. Wichtigste Haltung, um Ausgrenzungen zu vermeiden, ist: eine neue Chance geben, Vertrauen haben – auch wenn wir dabei hie und da enttäuscht werden.

Zusammenfassung

Wenn wir das ganze Spektrum der Auswirkungen von Arbeitslosigkeit betrachten, wird klar, dass Lösungen nicht simpel sein können und dass es eine Zusammenarbeit braucht zwischen verschiedenen Sektoren: Wirtschaft, Sozialhilfe, Ausbildung, um nur die wichtigsten zu nennen.

Es geht aber auch um eine Zusammenarbeit zwischen den Verantwortlichen in Wirtschaft, Bund, Kantonen und Gemeinden. Die Gemeinden sind am

direktesten mit den konkreten Problemen der Arbeitslosen konfrontiert. Ihre Aufgabe kann nicht nur sein, Fürsorgegelder auszurichten. Ihre Verantwortung liegt vielmehr darin, den Arbeitslosen zu helfen, ihre Unabhängigkeit aufrechtzuerhalten respektive wieder zu erlangen. Wichtigste Voraussetzung dazu ist, dass die Arbeitslosen nicht mehr als die «Schuldigen», «Faulen» oder «Unbrauchbaren» abgestempelt werden, sondern dass ihre Probleme ernst genommen werden und ihnen mit Respekt begegnet wird. Arbeitslos zu sein, ist ein schwerer Schlag für das Selbstwertgefühl der Menschen. Wenn aber dies einmal verloren ist, ist es schwierig, den Mut und die Energie aufzubringen, sich an neue Aufgaben heranzumachen. Kantone und Gemeinden können aktiv zur Erhaltung der Arbeitskompetenz und Arbeitsmotivation der Arbeitslosen beitragen: durch die Realisierung von Beschäftigungsprogrammen und die Unterstützung privater Initiativen für Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, respektive deren Folgen.

Je länger desto mehr brauchen die Arbeitslosen auch die Sozialfürsorge. Dabei müssen wir unsere Aufgabe nicht einfach nur darin sehen, finanzielle Mittel zu verteilen. Wichtigstes Ziel der sozialen Arbeit bleibt, den Arbeitslosen den Wiedereinstieg in die Arbeitswelt zu ermöglichen und ihnen wieder zu Unabhängigkeit zu verhelfen. ■

Beschäftigungsprogramme geben neuen Mut

Immer mehr Städte und Gemeinden werden für die Arbeitslosen aktiv und bieten ein durch die Arbeitslosenversicherung mitfinanziertes Beschäftigungsprogramm an. Durch den aktiven Einsatz werden viele Betroffene davor bewahrt, in eine schwere psychische Krise zu schlittern. Auch finanziell bringt ein solcher Einsatz Vorteile.

Die von der Langzeitarbeitslosigkeit zuerst betroffenen Städte und Regionen, auch gemeinnützige Institutionen wie das Schweizerische Arbeiterhilfswerk, haben für die Wiedereingliederung der Arbeitslosen die Initiative ergriffen und spezielle Kursangebote und Beschäftigungsprogramme aufgebaut. Die Zahl der angebotenen Plätze in Beschäftigungsprogrammen ist nach Auskunft des BIGA in Bern stark steigend. Für das Jahr 1993 stehen, so lautet die Schätzung, für rund 13 000 Teilnehmer Plätze in einem Programm zur Verfügung. Bei einer Einsatzzeit von drei bis sechs Monaten entspricht dies durchschnittlich 4000 Arbeitsstellen.

Vorteile für die Arbeitslosen: Während ihres Einsatzes in einem Beschäftigungsprogramm erhalten die Versicherten einen Lohn und entrichten wieder Beiträge an die Arbeitslosenversicherung. Der maximale Lohn liegt für unqualifizierte Arbeit in einem Beschäftigungsprogramm bei höchstens 3380 Franken, für fachspezifische Beschäftigungsprogramme derzeit bei 3920 Franken pro Monat und Teilnehmer. Die orts- und branchenüblichen Ansätze dürfen nicht überschritten werden. Liegt der Lohn unter dem Taggeldanspruch des Teilnehmers, so kann das Einkommen aus dem Beschäftigungsprogramm als Zwischenverdienst anerkannt werden. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass der in einem Programm Beschäftigte auch finanziell besser gestellt wird, als wenn er nur das